Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 20. Januar 2010
Ausgabe 012

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Broschüre „Angebote zur Gewaltprävention“ 4
› Bauleitplanung für das Gebiet westlich der Meistersingerstraße und südlich der Robert-Heger-Straße 4
› Winterdienstbilanz für Dienstag, 19. Januar 5
› Führung durch die Ausstellung „Fremde im Visier“ 5
› Konzert im Münchner Stadtmuseum 5
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**
› Einführung Digitalfunk in der LH München 6

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **10**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 21. Januar, 17 Uhr, Ratstrinkstube
Sitzung des Sportbeirats der Landeshauptstadt München.

Wiederholung
Donnerstag, 21. Januar, 18.30 Uhr, Großer Sitzungssaal im Rathaus
Bei der Veranstaltung „Stadtgestalt und Bürgerwille. Brauchen wir für die Zukunft neue Instrumente?" des Referates für Stadtplanung und Bauordnung gemeinsam mit dem Münchner Forum im Rahmen der Münchner Zukunftsreihe gibt Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk einen Überblick über die wichtigsten vorhandenen Instrumente und Verfahren in München zur Beteiligung der Öffentlichkeit. Anschließend findet eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Oberbürgermeister Christian Ude mit dem Schwerpunkt: Welche Formen der Bürgerbeteiligung bestehen bereits und wie beziehungsweise wo sollte diese ausgeweitet werden? statt. Auf dem Podium: Wolfgang Czisch (Münchner Forum), Professor Marcel Meili (Meili und Peter Architekten), Stephan Kleber (ehemals Vivico, jetzt Eurythos Unternehmensgruppe), Gisela Schneeberger (Schauspielerin und Kabarettistin), Professorin Dr. Ursula Stein (Stein + Schultz, Regional- und Freiraumplaner, Frankfurt am Main), Jan Foerster (Teamwerk-Architekten, Preisträger des Wettbewerbs „Open Scale" 2009) und Stadtbaurätin Merk.

Wiederholung
Donnerstag, 21. Januar, 19 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Stadtrat Michael Leonhart (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Mode sprengt Mieder – Silhouettenwechsel". Begrüßung durch Dr. Florian Dering, stellvertretender Direktor des Münchner Stadtmuseums. Die Einführung hält Dr. Isabella Belting, Leiterin der Sammlung Mode und Textilien und Kuratorin der Ausstellung.
Achtung Redaktionen: Die Pressevorbesichtigung findet am Donnerstag, 21. Januar, um 11 Uhr statt.

Freitag, 22. Januar, 18 Uhr, Katholische Akademie, Mandlstraße 23
Oberbürgermeister Christian Ude spricht beim Neujahrsempfang der Erzdiözese München und Freising.

Freitag, 22. Januar, 21.30 Uhr (Beginn 21 Uhr),
Deutsches Theater-Zelt in Fröttmaning
Im Rahmen der Narrhalla-Soirée hält Oberbürgermeister Christian Ude die Laudatio zur Verleihung des Karl-Valentin-Ordens an die Schauspielerin Dr. Maria Furtwängler.

Sonntag, 24. Januar, 10 Uhr, Gasteig, Rosenheimer Straße 5
Stadtrat Alexander Reissl (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Münchner Freiwilligenmesse 2010.

Montag, 25. Januar, 11.30 Uhr, Drygalski-Allee 118/30
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Hildegard Wagner im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Montag, 25. Januar, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Übergabe des Goldenen Ehrenrings an Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München. Hoeneß erhält die Auszeichnung für seine Verdienste um den Sport in München und sein soziales und gesellschaftliches Engagement.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 27. Januar, 19 Uhr,
Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

Mittwoch, 27. Januar, 19.30 Uhr,
Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76
Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

Mittwoch, 27. Januar, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Broschüre „Angebote zur Gewaltprävention“
(20.1.2010) In diesen Tagen wird an alle Münchner Schulen die Broschüre „Angebote zur Gewaltprävention“ verteilt. Sie wurde von der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendamt im Sozialreferat herausgegeben. Sie richtet sich an Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Erzieherinnen und Erzieher sowie an Elternbeiräte. An vielen Schulen sind über den Fachunterricht hinaus bereits Projekte zur Gewaltprävention verankert. Die Broschüre stellt alle vom Jugendamt geförderten Projekte vor, die gewaltpräventive Maßnahmen an Schulen anbieten. Die Projekte sensibilisieren die Kinder und Jugendlichen im Umgang mit Gewalt, stärken die soziale Kompetenz und helfen, die Schule als guten Lebensraum für Schülerinnen und Schüler zu gestalten. Zusätzlich vermittelt die Broschüre fachliche Grundlagen zu einer zeitgemäßen Gewaltprävention in der Schule.
Die Broschüre „Angebote zur Gewaltprävention“ ist an allen Münchner Schulen erhältlich und kann unter *www.agfp.de* heruntergeladen werden.
Die Kooperation der Kinder- und Jugendhilfe mit den Münchner Schulen spielt bei der frühzeitigen Prävention von Kinder- und Jugendgewalt eine wichtige Rolle. Sie wird mit dieser Broschüre weiter intensiviert. Zuvor ist unter dem Titel „Schulversäumnisse“ bereits eine Broschüre erschienen, die eine verbindliche Vereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Schulärztinnen beim Thema Schulverweigerung enthält. Sie geht auf die Erkenntnis zurück, dass ein Zusammenhang zwischen Schulschwänzen und späterem delinquenten Verhalten besteht.
Die Broschüre „Schulversäumnisse“ kann heruntergeladen werden unter *www.muenchen.de/soz/presse*

Bauleitplanung für das Gebiet westlich der Meistersingerstraße und südlich der Robert-Heger-Straße
(20.1.2010) Es ist für das Gebiet westlich der Meistersingerstraße und südlich der Robert-Heger-Straße die Schaffung eines urbanen Wohnquartiers mit den dazugehörigen Dienstleistungs- (Post), Gemeinbedarfs- (Kinderkrippe) und Freiflächen vorgesehen. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß Paragraph 13 a BauGB aufgestellt. Es wird keine Umweltprüfung nach Paragraph 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt. Aufgrund der Durchführung des beschleunigten Verfahrens wird der Flächennutzungsplan nachträglich redaktionell angepasst.

Die Unterlagen zur Planung werden vom 25. Januar mit 9. Februar dargelegt:

- beim Planungsreferat, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071, Auslegungsraum - barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes auf Blumenstraße 28 a (von Montag mit Freitag von 6.30 bis 18 Uhr),
- bei der Bezirksinspektion Ost, Trausnitzstraße 33 (Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8 bis 12 Uhr, Dienstag von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 18.30 Uhr, Freitag von 7 bis 12 Uhr),
- bei der Stadtbibliothek Bogenhausen, Rosenkavalierplatz 16 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 19 Uhr und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr).

Winterdienstbilanz für Dienstag, 19. Januar

(20.1.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Dienstag, 19. Januar:

Einsatzzahlen:
Personal: 108 Fahrzeuge: 72
Streuguteinsatz:
Salz: 48,167 t Splitt: 6 t
Kosten des Einsatztages: 78.843,28 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 23
Bisherige Einsatztage: 60
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2009/2010: ***10.658.443,80 Euro***

Führung durch die Ausstellung „Fremde im Visier“

(20.1.2010) Der Kunsthistoriker Professor Dr. Detlef Hoffmann führt am Sonntag, 24. Januar, um 15 Uhr durch die Ausstellung „Fremde im Visier – Fotoalben aus dem Zweiten Weltkrieg“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, und stellt sich der Diskussion mit Besuchern über Bildästhetik und Erinnerungsfunktion der privaten Alben aus dem Zweiten Weltkrieg. Treffpunkt ist im Foyer. Eintritt und Führung sind kostenfrei. Um Anmeldung wird gebeten unter der Rufnummer 2 33-2 23 38.

Konzert im Münchner Stadtmuseum

(20.1.2010) Schüler der Kontrabassklasse Christine Hook von der Universität Mozarteum Salzburg spielen am Sonntag, 24. Januar, um 11 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, u.a. Werke von Bach, Bottesini, Krusceniski und Piazzolla. Der Eintritt ist frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 20. Januar 2010

Einführung Digitalfunk in der LH München
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) vom 5.10.2009

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

In Ihrer o.g. Anfrage beziehen Sie sich auf aktuelle Presseinformationen, nach denen die Einführung des Digitalfunks offenbar kurz bevorstehe und, nach einem weiteren Test im Rahmen des Oktoberfestes 2009, Ende des Jahres 2009 ein „Wirkbetrieb" in der LH München, dem Landkreis München und am Flughafen starten soll. Sie verweisen außerdem auf Ihre bereits in 2007 gestellte Anfrage bezüglich der Kosten und der Sachaufwandsträger für die Einführung des Digitalfunks bei der Münchner Feuerwehr. Damals konnten zu den meisten Fragen jedoch aufgrund fehlender Entscheidungen zu Finanzierungskonzepten noch keine abschließenden Aussagen getroffen werden.
Auch aus heutiger Sicht können wir zu vielen der von Ihnen aufgeworfenen Fragen noch keine abschließenden Antworten geben. Obwohl der Digitalfunk schon seit vielen Jahren zur Einführung in Deutschland vorgesehen ist, sind noch immer viele Fragen sowohl technischer wie auch organisatorischer und finanztechnischer Art nicht gelöst. Wir geben jedoch gerne den derzeitigen Diskussionsstand bezüglich Ihrer aufgeworfenen Fragen wieder.

Frage 1:
Mit welchen Kosten durch den Digitalfunk ist in der Landeshauptstadt München insgesamt zu rechnen?
a) Einmalig bei der Einführung?

Antwort:
Bei der Einführung des Digitalfunks sind im wesentlichen folgende Kostenblöcke zu beachten:
- Anbindung der Integrierten Leitstelle an den Digitalfunk.
- Ausstattung der Fahrzeuge und Einsatzkräfte mit Endgeräten.
- Ausstattung der Funkwerkstatt mit Messtechnik und Programmierequipment.
- Kosten für Schulungen.

In all diesen Bereichen können die Kosten derzeit noch nicht exakt gefasst werden. Für die Anbindung der Integrierten Leitstelle mit einer für 2010 geplanten Interimslösung und für die Ausstattung der Fahrzeuge und Einsatzkräfte mit Endgeräten werden durch die Branddirektion derzeit ca. 750.000 Euro veranschlagt.
Eine genaue Schätzung der Kosten wird dadurch erschwert, dass die Art der Anbindung der Leitstellen in Bayern, wie auch im restlichen Bundesgebiet, derzeit durch die Projektgruppen der Länder erst konzipiert wird. Verschiedene technische Möglichkeiten werden diskutiert. Teilweise entwikkeln Fachfirmen derzeit erst Lösungen für die Anbindung, insbesondere im Bereich Kryptografie werden verschiedene Lösungen erarbeitet. Lösungen für eine endgültige Leitstellenanbindung inklusive das nutzereigene Management (LF3) sind auf dem Markt noch nicht verfügbar.
Die Kosten für die digitalen Endgeräte liegen derzeit eher unter den Kosten von Analogfunkgeräten. Allerdings liegen noch keine Erfahrungen über die Eignung im Feuerwehreinsatz vor. Kostenschätzungen für die Ausstattung der Funkwerkstatt und den Schulungsaufwand können bisher noch nicht getroffen werden.

b) Für den laufenden Betrieb?

Antwort:
Die Kosten für den laufenden Betrieb fallen zunächst bei Bund und Ländern an. Angaben zu der Höhe dieser Kosten können seitens der Branddirektion derzeit nicht gemacht werden. Ob und wenn ja, in welcher Höhe die Betriebskosten an die Kommunen weitergeleitet werden, ist derzeit in der politischen Diskussion.

Frage 2:
Wie stellen sich diese Kosten absolut und prozentual im Vergleich zum derzeitigen Analogfunkbetrieb dar?

Antwort:
Da die Kosten für den Digitalfunk, wie unter 1. erläutert, derzeit noch nicht absehbar sind, ist ein Vergleich mit den Analogfunkkosten nicht möglich. Sollten die Betriebskosten auf die Kommunen umgelegt werden, ist mit einer deutlichen Kostensteigerung gegenüber dem Analogfunk zu rechnen.

Frage 3:
Inwieweit muss die Landeshauptstadt München auch für die Kosten von Schulungsmaßnahmen aufkommen?

Antwort:
Die Landesprojektgruppe DigiNet des Bayerischen Staatsministeriums des Innern beplant im Teilprojekt Schulung auch die Schulungsmaßnahmen für die nicht polizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Angedacht ist hier eine Kombination aus Multiplikatorenschulung an den Landesfeuerwehrschulen, einem Anteil E-Learning und einer Standort bezogenen Ausbildung. Welchen Umfang diese Ausbildung haben wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Daher können auch keine Angaben zu den entstehenden Kosten erfolgen. Deutlich zeichnet sich ab, dass insbesondere im Bereich Systemadministration, Funkwerkstatt, technische Planung ein hoher Schulungsbedarf besteht. Die Mitglieder der Projektgruppe Digitalfunk der Branddirektion München wurden bereits in externen Schulungen bei der Firma EADS geschult.

Frage 4:
Welche Kostenträger sind generell an der Einführung und Umstellung auf den Digitalfunk bei der Polizei und den Feuerwehren bzw. Rettungsdiensten beteiligt?

Antwort:
Grundsätzlich sind die Kostenträger Bund, Länder und Kommunen an dem Projekt Digitalfunk beteiligt. Der Bund zeichnet sich insbesondere verantwortlich für den Netzauf- und -ausbau sowie die Planung des Netzes. Netzerweiterungen werden in den Ländern finanziert und dort beplant. Kosten für die Endgeräte und die Leitstellen fallen je nach Nutzer bei Bund, Ländern und Kommunen an. Inwieweit Endgeräte der Kommunen durch das Land Bayern gefördert werden, ist ebenfalls noch in der politischen Diskussion. Die Verteilung der Betriebskosten ist, wie bereits erwähnt, noch nicht geklärt.

Frage 5:
Welche Maßnahmen im Rahmen der Einführung des Digitalfunks sind bezüglich weiterer Sicherheitskräfte bzw. -dienste geplant?

Antwort:
Bei dem Digitalfunk handelt es sich um den Einsatzfunk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Eine Beteiligung der Bundes- und Landespolizeibehörden, des Bundes- und Landeskriminalamtes, der Geheimdienste, des Verfassungsschutzes, des Katastrophenschutzes, der Beteiligten im Rettungsdienst, der Beteiligten in der Wasserrettung und der Feuerwehren ist vorgesehen. Inwieweit die Teilnahme am

digitalen BOS-Funk tatsächlich stattfindet, ist sowohl von technischen Entwicklungen insbesondere aber auch von den Entscheidungen zur Finanzierung abhängig. Eine abschließende Aussage kann hierzu derzeit nicht getroffen werden.

Derzeit sind noch sehr viele Fragen offen. Wir hoffen jedoch, dass diese im Rahmen der für 2010 geplanten Interimslösung geklärt werden können.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 20. Januar 2010

Schulraum und Schülerzahlen allgemeinbildender Schulen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Oliver Belik, Verena Dietl, Christiane Hacker, Hans-Dieter Kaplan, Christian Müller, Alexander Reissl, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Neue Auswirkungen von EU-Recht auf das Münchner U- und Tram-Netz?
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Wie geht es mit der Jakobus-Krippe in Neuperlach weiter?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU)

Wie steht es wirklich um den Münchner Arbeitsmarkt?
Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

„It's time to say good bye" –
München verabschiedet sich von der NATO-„Sicherheitskonferenz"
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Wie teuer kommt München die Zuwanderung? (V)
Nachgefragt: Dolmetscherkosten an Münchner Gerichten
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Klare Ansage (II) – auch in Münchner U-Bahnen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat
Hans-Dieter Kaplan
Stadtrat
Beatrix Zurek
Stadträtin
Birgit Volk
Stadträtin
Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

Oliver Belik
Stadtrat
Verena Dietl
Stadträtin
Christiane Hacker
Stadträtin
Christian Müller
Stadtrat
Dr. Reinhard Bauer
Stadtrat

München, 20.01.2010

Schulraum und Schülerzahlen allgemeinbildender Schulen

Antrag

Das Schul- und Kultusreferat stellt dem Stadtrat dar, wie die Schaffung und Nutzung von Schulraum gesteuert werden.

Dabei soll auch aufgezeigt werden, wie sich die Versorgung mit Klassenzimmern und Fachlehrsälen in den letzten drei Jahrzehnten verändert hat.

Ebenso ist darzustellen, wie das Schul- und Kultusreferat die tatsächliche Nutzung kontrolliert und wie viel Schulraum (Räume und Flächen) in den letzten drei Jahrzehnten in der Landeshauptstadt München neu gebaut wurde.

Begründung:

Im zweiten Quartalsheft 2009 der „Münchner Statistik“ findet sich ein Beitrag über die Entwicklung der Schülerzahlen. Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen hat sich demnach von ihrem Höchststand im Schuljahr 1975/1976 mit 149.272 über den bisherigen Tiefstand im Schuljahr 1988/89 mit 100.923 auf einen Stand von 117.095 im Schuljahr 2007/08 entwickelt.

Aktuell besuchen also etwa 30.000 Schülerinnen und Schüler weniger die allgemeinbildenden Schulen als 1975/76. Das entspricht etwa 20 % weniger.

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

In den vergangenen drei Jahrzehnten ist in der Landeshauptstadt München massiv neuer Schulraum gebaut worden. Da Bau und Betrieb von Schulraum eine kostenintensive Pflichtaufgabe der Gemeinde darstellen, ist es wichtig, die Bedarfsänderungen in der Schulraumversorgung plausibel steuern zu können.

gez.
Alexander Reissl
Stadtrat

gez.
Hans-Dieter Kaplan
Stadtrat

gez.
Beatrix Zurek
Stadträtin

gez.
Birgit Volk
Stadträtin

gez.
Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

gez.
Oliver Belik
Stadtrat

gez.
Verena Dietl
Stadträtin

gez.
Christiane Hacker
Stadträtin

gez.
Christian Müller
Stadtrat

gez.
Dr. Reinhard Bauer
Stadtrat

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
20.01.10

Neue Auswirkungen von EU-Recht auf das Münchner U- und Tram-Netz?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Die Stadt Frankfurt sieht sich derzeit in einen Streit über Vergabemodalitäten beim Tram- und U-Bahnnetz an die eigene Tochtergesellschaft VGF verwickelt /1/. Angeblich verstoßt die geplante Direktvergabe gegen eine EU-Verordnung, die Anfang Dezember 2009 in Kraft getreten sei.

Dem Vernehmen nach sollen auch in München im Hinblick auf geltendes EU-Recht die Verhältnisse zwischen den Inhabern öffentlicher ÖV-Infrastruktur (Stadt München, SWM, Stadt Garching, Gde. Grünwald) und dem Erbringer von ÖV-Leistungen (MVG) .auf eine transparente rechtliche Basis analog zu dem Trassenpreiskonzept, wie es bei der Bahn schon seit Jahren üblich ist, gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich:

1) Welche Auswirkungen hat die seit Anfang Dezember geltende EU-Verordnung nach /1/ auf die Münchner ÖV-Verhältnisse?

2) Wer ist im Münchner U-Bahn- und Tram-Netz Eigentümer der Infrastruktur – insbesondere was die Streckenteile außerhalb des Münchner Gebiets betrifft?

3) Welche Verträge gibt es bisher zwischen den Eigentümerinnen der Infrastruktur und der Nutzerin (MVG)? Bei welchen Verträgen muss der Stadtrat beteiligt werden?

4) Welche Auswirkungen hat das EU-Recht auf die Nutzung öffentlicher U-Bahn- und Tram-Infrastruktur durch Betreiber? Wird es in München hier bald eine öffentliche Netzbenutzungsordnung geben?

Quelle:
/1/ „U-Bahnvertrag auf der Kippe“ Frankfurter Neue Presse 15.01.2010
http://www.fnp.de/fnp/region/lokales/rmn01.c.7149250.de.htm

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de

Beatrix Burkhardt Hans Podiuk

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
20.01.10

Wie geht es mit der Jakobus-Krippe in Neuperlach weiter?

Im Artikel „Rote Karte für Jakobus-Krippe“ in der SZ vom 04.01.10 war zu lesen, dass der geplante, dringend notwendige Umbau bzw. die Sanierung der Jakobus-Krippe in Neuperlach akut gefährdet ist.

Wir fragen daher:

1a) Wie groß ist der in der SZ angesprochene Ermessensspielraum der LBK, um das Projekt umzusetzen?

1b) Inwieweit ist die „Alternativmöglichkeit einer Errichtung der notwendigen Kinderkrippe in den freistehenden Ladenräumen“ bereits überprüft worden? Welche Ergebnisse liegen hier vor?

2. Wann findet der im Artikel angesprochene Runde Tisch von LBK, Baureferat und Erzbischöflichem Ordinariat statt, um eine entsprechende Lösungsmöglichkeit zu finden?

3. Welche Zeitschiene muss berücksichtigt werden, um die Finanzierung nicht zu gefährden (z.B. Spende Stadtsparkasse)?

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadträtin

gez.
Hans Podiuk
Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 20.01.10

Anfrage: Wie steht es wirklich um den Münchner Arbeitsmarkt?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in einem Artikel der Abendzeitung vom 09.01. wurde unter der Überschrift „Soviel kostet uns die Krise“ die Entwicklung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk München sowie die der entsprechenden Kosten dargestellt. Hierbei ergab sich zwar ein Rückgang der Kurzarbeit seit vergangenem Juli sowie ein Rückgang der Arbeitslosigkeit; allerdings stieg ein etwas unklarer Posten unter dem Titel „Transferleistungen“ von 6,2 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 28,8 Millionen Euro im Jahr 2009.
Diese Transferleistungen wurden im Artikel wie folgt erläutert: “Unternehmen, die die wirtschaftliche Situation nicht mehr durch Kurzarbeitergeld überbrücken können und Entlassungen erwägen, können sogenannte Transferleistungen in Anspruch nehmen.“
Der Anstieg dieser derart erläuterten Transferleistungen bei gleichzeitigem Rückgang der Kurzarbeit weckt den Verdacht, die Kurzarbeit könne allein deshalb zurückgegangen sein, weil sich die Betroffenen mittlerweile in Transfergesellschaften befinden. Allerdings war der Münchner Presse bisher nichts derartiges zu entnehmen. Auch die Berichte der Arbeitsagentur schweigen sich, von der aufs Jahr bezogenen Summe einmal abgesehen, darüber aus. Für eine realistische Wahrnehmung der tatsächlichen Entwicklung auf dem Münchner Arbeitsmarkt wäre eine Klärung erforderlich.

Hierzu habe ich folgende Fragen:

1. Handelt es sich bei den im Artikel erwähnten Transferleistungen um Zahlungen an Transfergesellschaften?

2. Falls ja, wie viele Beschäftigte befinden sich in München in solchen Gesellschaften?

3. Wie hat sich ihre Zahl und die Höhe der entsprechenden Leistungen in den vergangenen Monaten entwickelt?

4. Wie viele der Betroffenen waren zuvor in Kurzarbeit?

5. Bis wann werden die Beschäftigten in den Transfergesellschaften verbleiben?

6. Wie viele dort Beschäftigte kehren nach Beendigung der Transfermaßnahmen in den ersten Arbeitsmarkt zurück? Wieviele werden voraussichtlich in Rente gehen?

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
20.01.2010

„It´s time to say good bye“ –
München verabschiedet sich von der NATO-„Sicherheitskonferenz“

Ich beantrage:

Die Stadt München setzt ein Zeichen gegen die weltweite Interventions- und Aggressionspolitik des westlichen Militärbündnisses. Der Stadtrat beschließt dazu:

1. Die in München stattfindende sogenannte „Sicherheitskonferenz“ wird künftig, d.h. ab dem Jahr 2011, zur unerwünschten Veranstaltung erklärt.
2. Die Stadt München wirkt auf die Veranstalter ein und ersucht sie, in Zukunft nach einem anderen Veranstaltungsort Ausschau zu halten.
3. Ebenso wirkt die Stadt auf Münchner Hotel- und Gaststättenbetriebe ein, um die Vermietung geeigneter Tagungsflächen an die Veranstalter der „Sicherheitskonferenz“ zu verhindern. Ein diesbezügliches Anschreiben des Oberbürgermeisters ergeht an alle in Frage kommenden Münchner Hotel- und Gaststättenbetriebe, die über geeignete Tagungs- und Unterbringungskapazitäten verfügen.

<u>Begründung:</u>

Im Rahmen der sogenannten „Sicherheitskonferenz“ in München wurden und werden immer wieder wegweisende strategische Weichenstellungen des westlichen Militärbündnisses formuliert und diskutiert. Seit dem Ende der Blockkonfrontation wurde die Konferenz zunehmend zum Forum einer gesteigerten medialen und politischen Mobilmachung gegen vorgebliche Störenfriede der westlichen Globalstrategie – sei es 1999 gegen Jugoslawien, das wenig später vom NATO-Bündnis (einschließlich der Bundesrepublik) angegriffen wurde, sei es 2002 gegen den „Terror“ oder 2003 gegen den Irak, der wenig später ebenfalls völkerrechtswidrig von der westlichen Militärallianz angegriffen wurde.

b.w.

Dieses Jahr ist mit einem weiteren Kesseltreiben gegen den Iran und einer Verfestigung der westlichen Afghanistan-Strategie zu rechnen, die nach Einschätzung von Beobachtern dazu führen wird, daß Deutschland – gegen die ablehnende Haltung einer großen Mehrheit der Bevölkerung – noch mehr Bundeswehrsoldaten für den Afghanistan-Einsatz entsenden wird.

Schon solche politischen Signale sind verhängnisvoll genug und geeignet, München ins Visier terroristischer Gewaltakte zu rücken. Daß sich ausgerechnet eine rot-grüne Stadtratsmehrheit auch noch durch einen städtischen Empfang mit den Teilnehmern der „Sicherheitskonferenz“ solidarisiert – was in einem Antrag der Stadtratsfraktion der „Linken“ vom 30.12.2009 mit guten Gründen kritisiert wird -, setzt noch zusätzlich einen außerordentlich unpassenden Akzent, der in fataler Weise an das Einknicken der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Vorfeld der westlichen Jugoslawien-Intervention 1999 erinnert.

Solche Gesten und die freiwillig-unfreiwillige Verstrickung Münchens in die Planspiele des westlichen Militärbündnisses sind unverantwortlich und nicht länger hinnehmbar. Für ein unmißverständliches Zeichen der Ablehnung in Richtung der weltweiten Interventions- und Aggressionsstrategie der NATO ist es hoch an der Zeit.

Der hier vorgeschlagene Weg sieht deshalb den dauerhaften Abschied Münchens von der „Sicherheitskonferenz“ vor, den

1. die rot-grüne Stadtratsmehrheit eigentlich unschwer mit ihrem politischen Selbstverständnis vereinbaren können sollte und den
2. auch der Münchner Oberbürgermeister weithin sichtbar unterstützen sollte.

Eine bloße Ablehnung des städtischen Empfangs für die Teilnehmer der „Sicherheitskonferenz“, wie im Antrag der „Linken“ vom 30.12.2009 gefordert, ist hierfür allerdings eine völlig unzureichende Geste. Dem Münchner Oberbürgermeister wird stattdessen anempfohlen, sich darüber hinaus aktiv gegen weitere NATO-„Sicherheitskonferenzen“ in München zu engagieren, indem er sich z.B. mit der ganzen Autorität seines Amtes bei Münchner Hotel- und Gastronomiebetrieben dafür verwendet, daß den Veranstaltern der „Sicherheitskonferenz“ in der bayerischen Landeshauptstadt keine geeigneten Tagungsräumlichkeiten mehr zur Verfügung gestellt werden – analog etwa zur Aufforderung an Münchner Gastwirte, „Rechtsextremisten“ keine Räumlichkeiten mehr für Konzerte, aber auch für private Geburtstagsfeierlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Auch im Fall der NATO-„Sicherheitskonferenz“ sollte die Stadt souverän genug sein, ihren Willen in aller gebotenen Deutlichkeit zu dokumentieren und zum Ausdruck zu bringen, daß es sich künftighin um eine unerwünschte Veranstaltung handelt.

Auch die enormen Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen rund um die Konferenz könnten sich die Stadt München und der Freistaat Bayern durch den Abschied von dieser Institution künftig sparen. Die dadurch freiwerdenden Mittel könnten Stadt und Land – gerade in Zeiten knapper Kassen – weitaus sinnvoller verwenden.

Karl Richter
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
20.01.2010

Wie teuer kommt München die Zuwanderung? (V)
Nachgefragt: Dolmetscherkosten an Münchner Gerichten

In einer Anfrage vom 19.02.2009 erkundigte sich der Fragesteller unter Hinweis auf die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage im Hessischen Landtag nach den an Münchner Gerichten anfallenden Dolmetscherkosten bei Prozessen, an denen Menschen mit „Migrationshintergrund“ beteiligt sind. Hintergrund der Frage war der Umstand, daß der „Europäischen Menschenrechtskonvention“ zufolge Straffällige, die der Landessprache nicht mächtig sind, Anspruch auf einen Dolmetscher haben – die entstehenden Kosten sind dabei vom Staat zu tragen. Im Bundesland Hessen betrugen diese Kosten allein im Jahr 2008 vier Millionen Euro. Hier erkundigte sich der Fragesteller nach den Vergleichszahlen für die bayerische Landeshauptstadt München.

Die Anfrage vom 19.02.2009 wurde vom Münchner Sozialreferenten mit Schreiben vom 24.03.2009 dahingehend beantwortet, daß „Fragen, die sich auf den Zuständigkeitsbereich der Justiz beziehen, (...) von der Landeshauptstadt München nicht beantwortet werden [können]. Über die Zahlen verfügen lediglich die Gerichte selbst.“

Anders als dem Münchner Sozialreferat ist es der Stadtverwaltung in Frankfurt/Main offenbar sehr wohl möglich, angefragte Zahlen bei den Gerichten in Erfahrung zu bringen und so dem Informationsbedürfnis gewählter Stadtvertreter entgegenzukommen. Auf eine gleichlautend wie in München an den Frankfurter Magistrat herangetragene NPD-Anfrage (Drucksachen-Nr. A 863 NPD) antwortete dieser mit Bericht vom 19.10.2009:

„Da sich die Anfrage auf entstandene Aufwendungen für Dolmetscherdienste bei Gerichtsverfahren gegen ausländische Straftäter bezieht und daher nur von den betrof-

b.w.

fenen Gerichtsorganen beantwortet werden kann, *wurde das zuständige Hessische Ministerium für Justiz, für Integration und Europa gebeten, entsprechende statistische Aufstellungen bezüglich dort entstandener Dolmetscherkosten zur Verfügung zu stellen*“ – mit Erfolg. Die Frankfurter Justizbehörden zahlten demzufolge im Jahr 2008 die Summe von 2.007.164,31 Euro an Dolmetscher und Übersetzer aus (Vergleichszahlen 2006 und 2007 liegen ebenfalls vor).

Was dem Frankfurter Magistrat möglich ist, sollte der Münchner Stadtverwaltung erst recht möglich sein, ohne daß dies mit einem unzumutbaren Verwaltungs- oder Rechercheaufwand verbunden wäre.

<u>Ich wiederhole deshalb meine Frage</u>

vom 19.02.2009 (wobei die Stadtverwaltung gebeten wird, sich erforderlichenfalls – wie in Frankfurt/Main – ebenfalls mit den einschlägigen bayerischen Staatsministerien in Verbindung zu setzen; einer ggf. wegen des Korrespondenzaufwands erforderlichen Fristverlängerung wird zugestimmt):

1. Welche Kosten verursachten Kriminelle mit „Migrationshintergrund“ durch die Aufwendungen für ihre Dolmetscher a) im Jahr 2008 b) in den letzten fünf Jahren an Münchner Gerichten? (Neu: c) im Jahr 2009?)

2. Welche Möglichkeiten sieht der Oberbürgermeister, die Verursacher dieser Dolmetscherkosten - ausländische Straftäter vor Münchner Gerichten - daran zu beteiligen bzw. sie ganz oder teilweise von ihnen zurückzufordern?

3. Welche Kosten für Dolmetscher fielen an Münchner Gerichten a) 2008, b) in den letzten fünf Jahren *insgesamt* an (neu: c) 2009) d.h. unabhängig von der tatsächlichen Straffälligkeit oder Verurteilung ausländischer Prozeßbeteiligter, sondern nur infolge der Prozeßbeteiligung von Menschen mit „Migrationshintergrund“?

Karl Richter
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
20.01.2010

Klare Ansage (II) – auch in Münchner U-Bahnen!

Ich beantrage:

In den Münchner U-Bahn-Zügen sind klare, gut verständliche Haltestellenansagen künftig obligat. Dazu wird entweder das Fahrpersonal entsprechend instruiert oder die in den Zügen vorhandene Sprechanlage mit einer automatisierten Haltestellenansage nachgerüstet.

Begründung:

Immer wieder sind bei der Fahrt mit den Münchner U-Bahnen genuschelte, undeutliche Ansagen der Haltestellen und/oder Umsteigemöglichkeiten zu hören – sei es wegen der Tagesform des Fahrers oder auch wegen unzulänglicher sprachlicher Kompetenz. Sind unklare Ansagen schon bei Buslinien ein Ärgernis - siehe dazu die diesbezügliche Initiative des Antragstellers vom 18.01.2010 -, so kommt in den U-Bahnen noch hinzu, daß schlampige Ansagen hier den selbstgesteckten Anspruch der „Weltstadt mit Herz“ in besonders eklatanter Weise konterkarieren, weil die U-Bahn von allen Transportmitteln des Münchner öffentlichen Personennahverkehrs fraglos das modernste, „urbanste“ ist. Dösige, verschlafene oder auf andere Weise unverständliche Ansagen wirken hier besonders fehl am Platz und hinterlassen zumal bei Touristen keinen Eindruck von Weltläufigkeit und Urbanität, sondern von Provinzialität und Muffigkeit.

Hier ist Abhilfe zu schaffen, entweder indem künftig ein klares Reglement greift, das verständliche, in gutem Deutsch vorgetragene Ansagen für das fahrende Personal der Münchner U-Bahnen obligat macht oder indem die vorhandenen Sprechanlagen mit einer automatisierten Haltestellenansage nachgerüstet werden.

b.w.

Wie beim Buspersonal, so kann auch beim fahrenden U-Bahn-Personal der Hinweis auf den „Migrationshintergrund“ von Fahrern kein Hinderungsgrund für vollständige und in gutem Deutsch vorgetragene Haltestellenansagen sein. Erforderlichenfalls ist die unzureichende sprachliche Kompetenz von Fahrern mit „Migrationshintergrund“ MVG-seitig bei der Gestaltung der Dienstpläne zu berücksichtigen oder für eine entsprechende sprachliche Nachschulung Sorge zu tragen.

Karl Richter
Stadtrat